



Die Steuereinnahmen der Universitätsstadt Marburg haben augenscheinlich ein vergleichsweise sehr hohes Niveau erreicht – aber durchaus weiterhin mit regelmäßigen Schwankungen, auch nach unten, die das Gefüge erheblich stören können, wie wir in den Jahren 2016 und 2017 erfahren mussten. Für das Jahr 2019 liegt der Haushaltsentwurf des Magistrates vor und wird beraten. Für alle wichtigen Aufgaben sind deutliche Erhöhungen enthalten. Herausragend sind die abermaligen finanziellen Steigerungen für die Kinderbetreuung, nachdem für alle Kinder ab drei Jahren die Betreuungsgebühren mittlerweile abgeschafft sind. Eine erhebliche Entlastung für die Eltern und mehr, als das Land zugestehen will. Auch für Gemeinwesenarbeit, Jugendförderung und Teilhabe alter Menschen können wir die Mittel erhöhen. Gut angelegtes Geld. Ebenso im Kulturbereich.

Das Bildungsbauprogramm BiBaP zur Modernisierung der Schulen läuft wie geplant zuverlässig weiter – an zahlreichen Schulen sind die Baugerüste ein Zeichen für die notwendigen Investitionen in Millionenhöhe, beispielsweise auch für energetische Sanierungen. Und um den Klimaschutz als einem der Zukunftsthemen überhaupt kümmern wir uns natürlich vor



Matthias Simon
Fraktionsvorsitzender

Ort. Mehr Geld auch hier, zumal endlich ein Klimagutachten für die ganze Stadt vorgesehen ist.

Aber auch bei den Kindertageseinrichtungen wird im Millionenbereich investiert. Hinzu kommen die Maßnahmen im Rahmen von Sozialer Stadt im Waldtal und im Stadtwald, nicht zuletzt im Straßen- und Radwegebau und beim Öffentlichen Personennahverkehr durch die Nahverkehrsoffensive. Große Investitionen stehen auch bei der Feuerwehr an. Ganz zentral nach wie vor ist es neuen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen – für uns eine vorrangige öffentliche Aufgabe, für die wir abermals mehr Geld vorsehen wollen.

Das bereits vorliegende Konzept der Bürgerbeteiligung gilt es jetzt konkret umzusetzen – mehr Mittel auch hierfür. Auf diesem Wege soll die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger gestärkt und sie insbesondere bei wichtigen oder herausragenden Projekten – wie etwa bei den Verfahren zur Wohnbebauung im Marburger Westen – gut einbezogen sein.

Und nicht zuletzt: Endlich steigen die Schulden nicht weiter, sondern eine Verringerung des Schuldenberges ist absehbar.

Schon im Entwurf ist der Haushalt so überzeugend, dass eine breite Zustimmung zu wünschen ist.

Zur Sache

Liebe Leserinnen und Leser, aktuell sind wir in der Phase der Beratung des Haushalts 2019, der Ende März verabschiedet werden soll. Über die Grundzüge dieses Haushalts wurden Sie erstmals direkt in einer kurzen, übersichtlichen Information des Magistrats informiert, die breit verteilt worden ist. Viele Zahlen und Grafiken, die eindrucksvoll zeigen, was eine Kommune leisten kann.

Das ist ein Service, der auch zur allenthalben eingeforderten Transparenz beiträgt.

Die Bürgerbeteiligung, Teilhaben, Mitreden, Mitwirken haben gute Information zur Grundlage. Dazu liefern auch wir unseren Beitrag. Wir hören zu, machen unsere regelmäßigen Fraktion-vor-Ort-Besuchswochen, sind Ansprechpartner. Manchmal bekommt man dabei stärkeren Gegenwind. Dieser Kritik stellen wir uns natürlich.

Lesen Sie in diesem **wirtunwas** weitere aktuelle Themen. Apropos Transparenz: Viel Bohei wurde um angebliche Machenschaften im Stadtwald gemacht. Und am Ende: Alles ganz anders. Auch dazu hier mehr.

Ihre SPD-Fraktion Marburg

Inhalt

Haushalt 2019	1
Kitabetreuung: Qualität und Ausbau	2
Einsatzbereit: Feuerwehr	2
Fraktion vor Ort:	
25. Februar bis 8. März	3
Wirtschaftsverhinderung?	3
Dauerthema Mietpreise	4
Solar-City	4
Leuchtendes Beispiel	4



Marburger Qualitätsstandards in Krippe und Kita

Die Kindertagesbetreuung muss heute vielen Bedürfnissen und Ansprüchen gerecht werden. Eltern haben oft das Problem, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, und wollen dabei gleichzeitig ihr Kind gut versorgt sehen. Krippe und Kita werden heute als Bildungseinrichtungen verstanden. Eltern nehmen Erzieherinnen auch zur Beratung in Anspruch.

Auch wenn wir in Marburg immer noch über den gesetzlichen Anforderungen liegen, konnten in den letzten Jahren unsere hohen Standards durch steigende Geburtenraten und mehr Anmeldungen zur Krippenbetreuung nicht mehr einfach gehalten werden.

Dies soll sich nun wieder ändern. Zwar müssen in den kommenden Jahren weitere Betreuungsplätze geschaffen und die Betreuungszeiten weiter ausgeweitet werden, gleichzeitig soll aber nach den Vorstellungen der SPD-Jugenddezernentin Kirsten Dinnebier weiter die Qualität der Marburger Krippen- und Kitabetreuung deutlich verbessert werden.

Ein vom Jugendamt vorgestelltes Stufenkonzept zur verbesserten Betreuung sieht vor, zunächst die Leitungsebene durch höhere Freistellungsstunden zu stärken, weiter sollen gezielt Kindertageseinrichtungen insbesondere die mit besonderen Bedarfen besser personell ausgestat-



Ulrich Severin
Sozialpolitischer
Sprecher

tet werden. Insgesamt profitieren alle Einrichtungen durch eine bessere personelle Ausstattung.

Diese Maßnahmen haben einen finanziellen Umfang von bis zu zweieinhalb Millionen Euro zusätzlich und erfordern die Schaffung zusätzlicher Stellen. Dabei wird auch in Marburg der Fachkräftemangel zur

Herausforderung eines jetzt schon zunehmend schwierigeren Personalmanagements: eine große Herausforderung!

Die Marburger SPD hofft, dass das Gute-Kita-Gesetz der Bundesregierung dabei hilft, die finanziellen Mittel im Stadthaushalt zur Verfügung zu haben. Die Unterstützung durch das Land Hessen müsste deutlich verstärkt werden, denn für die sogenannte „beitragsfreie Kita“ gibt es nur wenig, für die Kosten der Krippe zahlt das Land bisher nichts.

Der Marburger SPD-Fraktion ist es sehr wichtig, dass die Kinder dieser Stadt einen guten Start ins Leben und eine gute Vorbereitung auf ihren späteren Schulweg mitbekommen.

Deshalb setzen wir zunächst auf Qualitätsverbesserung in den einzelnen Einrichtungen, um Chancengleichheit und Bildungschancen von Kindern zu verbessern und setzen uns im zweiten Schritt für eine „beitragsfreie Krippe“ ein.



Einsatzbereit

Mit der Fortschreibung des Feuerwehrbedarfs- und Entwicklungsplans von 2019-2028 kommt die Stadt ihrer Pflichtaufgabe nach, die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr sicherzustellen und die Einsatzkräfte entsprechend auszustatten. Gemeinsam haben die Einsatzabteilungen und der Fachdienst Brandschutz auf Grundlage erforderlicher Standards ein Gesamtinvestitionsvolumen über zehn Jahre in Höhe von rund 30 Millionen Euro für Fahrzeuge, Ausstattung, Gebäude und Weiterbildung ermittelt. Die konkrete Umsetzung ist natürlich auch abhängig von den finanziellen Möglichkeiten. Wenn sich ein notwendiger Bedarf ändert, muss dieser selbstverständlich berücksichtigt werden, etwa bei Baulandentwicklungen. Als Beispiele großer Vorhaben seien hier genannt der Neubau der Feuerwache in Cappel mit der Landesjugendfeuerweherschule, der Neubau in Wehrshausen oder die Konzeption der Freiwilligen Feuerwehr in Michelbach.

Als SPD-Fraktion möchten wir uns sehr für das Engagement der vielen ehrenamtlichen Einsatzkräfte bedanken, welche nicht nur selbstlos zum Wohle der Allgemeinheit tätig werden, sondern auch eine hervorragende Jugendarbeit leisten, auf dass auch in Zukunft die gesetzliche Hilfsfrist von 10 Minuten eingehalten wird, auch in der überörtlichen Hilfe. Wir wollen Ansprechpartner bleiben und gemeinsam auch Standorte weiterentwickeln, denn nur durch Motivation und Wertschätzung kann das Marburger Modell, 500 Ehrenamtliche Einsatzkräfte als Ergänzung der hauptberuflichen Tagesbereitschaft, erfolgreich weitergeführt werden.



Dominic Dehmel
Stadtverordneter
Schröck
SPD-AK Feuerwehr

Die Marburger SPD-Fraktion vor Ort

78. Aktionswoche 25. 2. bis 8. 3. 2019

Nach den Besuchen in den östlichen Außenstadtteilen im vorigen Jahr, führt uns unsere erste Fraktion vor Ort 2019 in die westlichen Stadtteile zu zwei Ortsbegehungen.

Montag, 25. Februar

19.00 Uhr Treffen mit dem Ausländerbeirat

Donnerstag, 28. Februar

19.00 Uhr Besuch der Richtsberg-Gesamtschule

Dienstag, 5. März 2019

17.00 Uhr Ortsbegehung zwischen Haddamshausen und Hermershausen
Start: Bürgerhaus Hermershausen

Freitag, 8. März

17.00 Uhr Ortsbegehung zwischen Dagobertshausen und Elnhausen
Start: Dagobertshausen

Alle stellen fest: Es hat keine Bevorzugung gegeben.

Nachspiel: Der Kompromiss war an Fristen gebunden. Das war der Opposition egal. Hauptsache noch mehr Akten studieren und dem Oberbürgermeister am Zeug flicken. Eine Firma hat aufgegeben. Die Presse hatte wochenlang ein Thema, doch am Ende selbst die Übersicht verloren. Zuletzt hieß es, man habe die falschen Fragen gestellt. Antworten gab es nie zu lesen, trotz „Stadtwald-Leaks“.

Ein Skandal, der keiner war. Außer für die, die auf der Strecke geblieben sind. So machen Medien und Opposition aus Wirtschaftsförderung schlussendlich Wirtschaftsverhinderung.

Wenn aus Wirtschaftsförderung Wirtschaftsverhinderung wird

Das Theater um städtische Wirtschaftspolitik

Erster Akt: Drei Marburger Unternehmen sind erfolgreich und möchten im Stadtwald expandieren. Da aber sind Gewerbeflächen sehr knapp. Zwei der Interessenten erhalten im Frühjahr 2018 eine schriftliche Zusage der Stadtentwicklungsgesellschaft SEG, deren Aufgabe es ist, städtische Gewerbeflächen zu vermarkten und Wirtschaftsförderung zu betreiben: Geht klar!



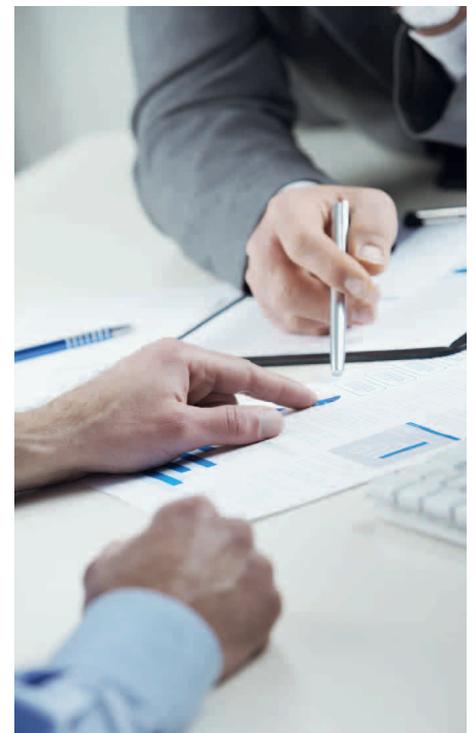
Steffen Rink,
Mitglied im Haupt- und
Finanzausschuss

eine Rolle gespielt haben, dass bei einer Firma mittlerweile ein Partner hinzugekommen ist, zugleich ein Stadtverordneter. Der Eigentümer der SEG ist die Stadt Marburg, und die sagt: Uns ist aber wichtig, dass alle Firmen am Standort Marburg eine Perspektive haben – langfristig Gewerbesteuer zahlen und Arbeitsplätze sichern. Deshalb soll der Kompromiss umgesetzt werden.

Eines der Unternehmen fängt daraufhin schon mal an zu planen. Dann meldet sich der Dritte. Er hätte am liebsten alles. Die SEG möchte für alle Firmen eine Lösung in Marburg und handelt einen Kompromiss aus. Jeder muss ein paar Abstriche machen, die bereits entstandenen Kosten plus zusätzliche Kosten für die Nutzbarmachung eines weiteren, privaten Grundstücks werden von den drei Firmen und der SEG gemeinsam getragen. Jeder gibt etwas dazu. Die Kosten müssen nachgewiesen werden, bevor Geld fließt.

Zweiter Akt: Der Aufsichtsrat der SEG sagt: Nein. Wir wollen, dass eine Firma alles bekommt. Das bringt der SEG das meiste Geld. Außerdem mag

Dritter Akt: Irgendwer gibt interne Papiere mit sensiblen Informationen an eine der beteiligten Firmen und die Presse weiter. Mit den „Leaks“, zu denen auch vertrauliche geschäftsinterne Unterlagen der Interessenten gehören, kommt die Politik ins Spiel. Ein „Akteneinsichtsausschuss“ klärt, ob der Stadt durch den Kompromissvorschlag ein wirtschaftlicher Schaden entsteht und ob Stadtverordnete begünstigt wurden. Dazu werden die Akten studiert, der Magistrat gibt ausführlich Auskunft. Außerdem werden Rechnungsprüfungsamt, der Anti-Korruptionsbeauftragte der Stadt und eine unabhängige externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt, die SEG-Akten zum Vorgang zu prüfen.



Impressum

**Herausgeber
und verantwortlich**
Die Marburger SPD-Fraktion
Biegenstraße 33
35037 Marburg
Telefon (0 64 21) 1 69 90-14
Telefax (0 64 21) 1 69 90-18



www.spd-fraktion-marburg.de
spd-fraktion-marburg@t-online.de

Gestaltung und Satz EigenArt –
Thomas Neutze und Gabriele Rudolph

Fotos Dominic Dehmel; Ilike, Andrey Kuzmin,
stokkete – fotolia; Georg Kronenberg;
SPD-Fraktion

Druck Grafische Werkstatt von 1980, Kassel;
im Auftrag von msi, Marburg

Gedruckt auf Recyclingpapier
aus 100% Altpapier

Stand: 8. Februar 2019

Dauerthema Mietpreise

In Marburg eine preiswerte Wohnung zu finden kann durchaus zur Herausforderung werden. Der bundesweite Trend der steigenden Mietpreise geht auch an Marburg nicht spurlos vorbei. Der Druck auf dem Wohnungsmarkt wächst zunehmend. Ein Problem in Großstädten ist auch die Gentrifizierung, das heißt, das langjährige Mieter*innen durch Luxussanierungen aus ihren Vierteln verdrängt werden. Im Zuge dessen werden in einigen Städten sogenannte Milieuschutzsatzungen beschlossen, die Gentrifizierung verhindern sollen.

Wir als SPD-Fraktion sehen eine Milieuschutz-Satzung skeptisch. Beispiel Oberstadt: Dort hat in den letzten 20 Jahren eine Verdrängung von Familien zugunsten von Studierenden stattgefunden. Das lässt sich auch mit einer



Anna Zels
Mitglied im Ausschuss
Bau und Planung,
Liegenschaften

Satzung nicht mehr rückgängig machen. Man muss aber gegen steigende Mieten vorgehen. Klug ist, eine genaue Datengrundlage über die Veränderungen und Herausforderungen zu haben. Dafür sorgen wir mit einer sogenannten Großen Anfrage. Auf dieser Basis wollen wir geeignete Instrumente für lebenswerte Quartiere entwickeln.

Wichtig ist es, dass zusätzlicher Wohnraum geschaffen wird, um die Preisspirale aufzuhalten.

Die Universitätsstadt Marburg sieht in diesem Fall nicht tatenlos zu, sondern wird in den nächsten Jahren am Hasenkopf im Stadtwald bauen. Es gilt gemeinsam mit der Bevölkerung dieses neue Wohngebiet in einem groß angelegten Beteiligungsprozess zu entwickeln.

Fridays for Future Solar-City Marburg

Freitag für Freitag demonstrieren Schülerinnen und Schüler für Klimaschutz. Dieses Engagement macht Hoffnung für weitere Impulse zur lokalen Energiewende. Ein Beispiel: Dass die überwältigende Mehrheit der Deutschen für Windenergie ist, gerät vor dem Hintergrund örtlicher Proteste allzu oft in den Hintergrund. Demokratie braucht Engagement für etwas – nicht nur dagegen. Denn nur mit Wind- und Solarenergie klappt die Energiewende, und nur mit Energiewende gibt es Klimaschutz.

Das Erstaunliche daran ist: Stärkere Investitionen in Erneuerbare Energien bringen der Volkswirtschaft einen Schub und schaffen Arbeitsplätze. Kein Wunder: Heimische Erneuerbare Technologien ersetzen genau die fossilen Energien, die heute in Saudi-Arabien (Erdöl) oder Russland (Erdgas) eingekauft werden müssen. Es ist daher falsch, Klimaschutz und Wirtschaft gegeneinander auszuspielen.



Dr. Fabio Longo
Energie- und umwelt-
politischer Sprecher



Die Marburger SPD arbeitet daran, die Energiewende wirtschaftlich und sozial zu gestalten. Nur zwei Beispiele: Damit auch Menschen mit weniger Einkommen vom heute günstigeren Solarstrom profitieren, setzen Stadtwerke und Gewobau Mieterstromprojekte auf, zum Beispiel in Weidenhausen am Friedensplatz – ganz im Sinne der bundesweit ersten Solar-satzung für eine ganze Stadt mit Solarenergie als Standard auf jedem Dach – damals gestoppt von der CDU-Landesregierung. Wir nutzen seitdem neue Bebauungspläne dazu, die Idee umzusetzen, arbeiten weiter für die Solar-City Marburg und freuen uns auch auf Ideen aus der Schülerschaft.



Leuchtendes Beispiel

Schon seit einigen Monaten leuchtet das Lichtkunstwerk an der neuen Marburger Moschee. Mit dem Geschenk des Kunstprojekts „5 Säulen“ an die Marburger Muslim*innen und der sehr großzügigen Spendenbereitschaft aus allen Schichten, aus Stadtteilen, Unternehmen und Institutionen unterstreichen die Stadtgesellschaft und der Förderverein eindrucksvoll, dass sie sich für das gemeinsame Zusammenleben von Menschen aller Religionen und Weltanschauungen in Marburg einsetzen. In unserer Stadt sind alle Menschen willkommen, die friedlich für ein gelungenes Miteinander eintreten.

Es handelt sich dabei um ein bisher weltweit einmaliges Kunstprojekt im Rahmen eines Moscheebaus.

Die fünf Säulen stehen im Islam für die fünf rituellen Pflichten: Das Aufsaugen des Glaubensbekenntnisses, die fünf Gebete, das Almosengeben, das Fasten im Ramadan und die Pilgerfahrt nach Mekka. Zur selben Zeit stellen die Säulen sowohl eine Öffnung der Moschee zur Stadt hin dar, als auch eine durchlässige Tür, durch die Besucher der Stadt zur Moschee gelangen können.



Schaker Hussein
Stadtverordneter
Richtsberg